

# FRAKTIONSINFO

## SPD IN DER BVV PANKOW

---

### Inhalt

Senioren-BVV am 31. März 2011	Seite 1
Kastanienallee: Chronologie des Beteiligungsverfahrens	Seite 1
Pankower Umweltpreis 2011 ausgelobt	Seite 2
40. BVV: Anträge der SPD-Fraktion	Seite 2
Pressemitteilungen:	
Vorfahrt für Mieterschutz (21.01.2011)	Seite 3
Internet-Streams der BVV-Tagungen (21.01.2011)	Seite 4
SPD will städtebaulichen Wettbewerb für Brachfläche (19.01.2011)	Seite 4

---

### ***SPD-Fraktion informiert:***

#### **Senioren-BVV am 31. März 2011**

Noch bis zum 28. Februar können Anträge für die außerordentliche Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow zu seniorenpolitischen Fragen und Themen im BVV-Büro, Fröbelstraße 17, 10405 Berlin, eingereicht werden. Die jährlich stattfindende Senioren-BVV findet am Donnerstag, dem 31. März 2011, um 16 Uhr im BVV-Saal, auf dem Bezirksamtsgelände an der Fröbelstraße (Haus 7) statt. In Vorbereitung des diesjährigen Sitzungstermins haben die BVV-Fraktionen und der Ältestenrat den Verlauf der zurückliegenden Tagungen auch mit Senioren ausgewertet. Dabei wurden unter anderem Sitzungen des Ältestenrates mit der bezirklichen Seniorenvertretung verabredet, bei denen die Tagesordnung zusammengestellt sowie Anträge und Große Anfragen zu Themenblöcken gebündelt werden sollen. Ziel ist eine lebendige Diskussion und ein Austausch mit den älteren Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Bezirks über ihre Anliegen und Ideen. Dies war in der Vergangenheit wegen der Fülle der Anträge und Anfragen nicht so möglich, wie dies wünschenswert gewesen wäre. Die Senioren-BVV tagt öffentlich, Interessierte sind dazu herzlich eingeladen.

### ***SPD-Fraktion informiert:***

#### **Kastanienallee: Chronologie des Beteiligungsverfahrens**

Umbau der Kastanienallee – ja oder nein? Kritiker des lange geplanten Vorhabens wollen dies verhindern und deshalb der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in Kürze einen Bürgerantrag mit ihren Ideen für die prominente Flaniermeile vorlegen. „In der neu entfachten Debatte wird bisher kaum beachtet, dass es bereits ein umfangreiches Verfahren zur Bürgerbeteiligung gegeben hat. Das mag daran liegen, dass nicht allen Akteuren die entsprechenden BVV-Dokumente vorliegen“, erklärt Sabine Röhrbein, die Vorsitzende der SPD-Fraktion in der BVV Pankow. „Nur wenn die Politik ihre Entscheidungsprozesse transparent macht, können diese auch Akzeptanz finden. Deshalb haben wir einen Überblick zusammengestellt, der die Entwicklung des Bauvorhabens dokumentiert.“

Einige Gegner fürchten nach wie vor, dass die Flaniermeile ihren Charakter einbüßt, Gewerbetreibende Umsatzeinbußen hinnehmen müssen und sich die Verkehrssicherheit für Radler und Fußgänger trotz Umbau nicht verbessert. Zu diesen Fragen hat die SPD noch einmal den Gesprächs-

faden mit den Akteuren vor Ort aufgenommen. „Wir haben uns in der Vergangenheit immer wieder für eine Bürgerbeteiligung stark gemacht, die über das gesetzlich gebotene Verfahren hinausgeht – so auch im Bezug auf die Umgestaltung der Kastanienallee“, betont Sabine Röhrbein. „In diesem Fall haben wir überhaupt erst durchgesetzt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in den Planungsprozess einbringen können. Wir hätten uns in Einzelfragen auch andere Lösungen vorstellen können, respektieren jetzt aber die dabei entwickelte Variante. Es geht nicht an, dass wir die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens mir nichts, dir nichts über Bord werfen. Damit nehmen wir die Menschen nicht ernst, die sich damals eingebracht haben. Nur wenn es grundsätzlich andere Erfordernisse geben sollte, kann das Paket überhaupt noch einmal aufgeschnürt werden.“

Die detaillierte Chronologie mit allen dazugehörigen BVV-Drucksachen ist auf der Website [www.spd-fraktion-pankow.de](http://www.spd-fraktion-pankow.de) zu finden.

### ***SPD-Fraktion informiert:*** **Pankower Umweltpreis 2011 ausgelobt**

„Schonender Umgang mit Ressourcen, Mehrfachnutzung und Recycling“, so lautet das Motto des Umweltpreises, den Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und Bezirksamt Pankow kürzlich wieder ausgeschrieben haben. Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich mit Projekten oder Aktionen am Wettbewerb um den Umweltpreis 2011 zu beteiligen. Besonderes Augenmerk legt die Jury in diesem Jahr auf die nachhaltige Wirkung der Ideen.

„Wir essen, wohnen und kleiden uns. Wir gehen in den Kindergarten, in die Schule, zur Arbeit, wir treffen Freunde. Wir wollen aber auch mobil sein, in den Urlaub fahren, mit Geschenken Freude bereiten und unseren Hobbys nachgehen. Das alles kostet Ressourcen und erzeugt natürlich auch Abfall. Im Laufe eines Lebens kommt jede Person dabei auf eine Million Kilogramm verbrauchter Rohstoffe! Und jede/r hinterlässt ca. 524 Kilo Müll im Jahr“, heißt es in der Ausschreibung. Die Einsparung oder sogar Vermeidung von Abfall und „ein bewusster, sorgsamer Umgang mit den Ressourcen schützt die Umwelt und sichert die Lebensgrundlagen für die Zukunft.“ Hier sollen die Vorschläge von Schulen, Kitas, Jugendfreizeiteinrichtungen, Verbänden, Vereinen oder Initiativen ansetzen, die sich um den Umweltpreis bewerben. Die Bewerbungen können bis Montag, den 9. Mai 2011, 12 Uhr beim BVV-Büro, Fröbelstraße 17, 10405 Berlin, eingereicht werden. Eine Jury, die sich aus Vertretern der BVV-Fraktionen, dem Bezirksamt und der Grünen Liga zusammensetzt, trifft dann die Entscheidung über die Verleihung des Umweltpreises, der mit einer Gesamtsumme von maximal 3.000 Euro dotiert ist.

### ***BVV-Sitzung am 2. März 2011*** **Anträge der SPD-Fraktion**

Zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 2. März 2011 wird die SPD-Fraktion zwei Anträge einreichen: Für sozialverträgliche Modernisierungen (VI-1258) und zur Würdigung der Bedeutung der „Filmstadt Weißensee“ (VI-1259).

#### **Sozialverträgliche Modernisierungen**

Mit diesem Antrag macht sich die SPD-Fraktion erneut für sozialverträgliche Modernisierungen stark. Das Bezirksamt soll dafür Sorge tragen, dass bei der Modernisierung der Wohnblöcke Döberbergweg 1-12, Erbeskopfweg 1-11 und Kirchstraße 21-29 Fälle von sozialer Härte vermieden werden. Deshalb sollen etwa die Mietspiegelwerte auch nach Fertigstellung der Baumaßnahmen grundsätzlich eingehalten werden. In Vermittlungsgesprächen mit dem Vermieter sollen einvernehmliche Lösungen erarbeitet werden, die den Belangen beider Seiten Rechnung tragen. Dabei soll ein so genannter Gebietssozialplan, der die Rahmenbedingungen für eine sozialverträgliche Modernisierung festhält, von einer unabhängigen Mieterberatung erstellt werden. Sollte dies nicht gelingen, soll das Bezirksamt notfalls eine Umstrukturierungssatzung erlassen. Dadurch kann es

die Umsetzung geplanter Baumaßnahmen bis zu zwölf Monate aufschieben, in denen dann ein Gebietssozialplan aufgestellt werden kann. Ausdrücklich begrüßt die SPD-Fraktion in der Antragsbegründung das Sanierungsvorhaben – es müsse nur sichergestellt werden, dass „weder die Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB II und SGB XII noch Haushalte, die aufgrund eines niedrigen Nettoeinkommens die Mietererhöhungen nicht tragen können, nach Abschluss der Modernisierung zu einem Umzug gezwungen sind“.

### **Bedeutung der Filmstadt Weißensee endlich angemessen würdigen**

Die Bedeutung der ehemaligen Filmproduktionsstätten in Weißensee für die Geschichte des Films aufzuarbeiten und angemessen zu würdigen ist das Ziel dieses Antrages. Dies soll durch die Aufstellung einer Gedenkstele am Ort des historischen Geschehens in der Liebermannstraße (ehemals Franz-Josef-Straße) erreicht werden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren in dieser Gegend die Deutsche Vitascope-Gesellschaft ansässig, ebenso die Continental (später Reicher & Reicher) sowie die Decla-Filmgesellschaft Holz & Co. Es entstanden Meilensteine der deutschen Filmgeschichte wie „Halbblut“ von Fritz Lang und „Die Pest in Florenz“ von Otto Rippert. Diese historische Bedeutung wurde bisher nicht angemessen im Stadtbild sichtbar gemacht. Deshalb soll die Stele aufgestellt werden, deren Gestaltung in Zusammenarbeit mit der Kunsthochschule Weißensee erarbeitet werden soll. Die SPD-Fraktion hatte bereits im vergangenen Jahr einen Antrag verfasst, der ebendies zum Ziel hatte. Der Antrag wurde von der BVV angenommen, die Umsetzung vom Bezirksamt jedoch unter anderem aufgrund fehlender Finanzierung abgelehnt. Daher sieht der neue Antrag die Finanzierung über Sponsoringgelder vor, die in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde des Kino Toni e.V. und den Weißenseer Heimatfreunden eingeworben werden sollen.

### **Pressemitteilung vom 21.01.2011**

#### **Vorfahrt für Mieterschutz**

Durch einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow vom 19. Januar 2011 soll das Bezirksamt künftig von sich aus tätig werden, um bei geplanten Sanierungs- und Modernisierungsvorhaben die finanziellen Konsequenzen für die Mieterinnen und Mieter zu begrenzen und soziale Härten zu vermeiden. Der Mehrheitsbeschluss geht auf einen Antrag der SPD-Fraktion zurück, die damit überzogenen Mietsteigerungen und Verdrängung vorbeugen will.

„Bisher konnten wir als BVV immer nur reagieren, und auch nur dann, wenn uns betroffene Mietparteien rechtzeitig über die geplanten Maßnahmen informiert haben, wie zuletzt Mieter aus dem Paracelsusviertel. Jetzt ist das Bezirksamt aufgefordert, von sich aus Bauvorhaben auch auf ihre Sozialverträglichkeit zu prüfen. Das ist ein großer Fortschritt“, erklärt dazu Sabine Röhrbein, die Vorsitzende der SPD-Fraktion in der BVV Pankow. „Sanierung und Modernisierung sind ausdrücklich zu begrüßen und tragen entscheidend zu mehr Lebensqualität in unserem Bezirk bei. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass Menschen aus ihrem gewohnten Lebensumfeld verdrängt werden, weil sie die damit verbundenen Mieterhöhungen nicht zahlen können. Solche Fälle können jetzt frühzeitiger erkannt und gebannt werden. Insofern ist dieser Beschluss als Grundsatzbeschluss der BVV zum Mieterschutz zu verstehen.“

So sollen im Modernisierungsfall zum Beispiel die Mieten für LeistungsempfängerInnen nach SGB II und XII maximal nur so hoch steigen, dass die Warm-Miete nicht über den vom Jobcenter getragenen Kosten der Unterkunft liegt. Damit soll sichergestellt werden, dass sie nicht zum Umzug gezwungen werden. Im Zweifel sollen Mieterhöhungen gekappt werden, wenn die neue Brutto-Warm-Miete ein Drittel des Haushaltseinkommens übersteigen würde. Dadurch sollen soziale Härten weitgehend vermieden werden, wenn nötig, soll die Mieterberatung hinzugezogen werden. Jede Mieterin, jeder Mieter soll nach Abschluss der Baumaßnahmen auch wieder in seine Wohnung zurückkehren können. Für den Zeitraum der Sanierung sind „Umsetzwohnungen“ bereit zu

stellen. „Mieterschutz ist einer unserer wichtigsten Anliegen. Wir sind froh, dass uns die Mehrheit der Bezirksverordneten in unserer Auffassung gefolgt ist“, so Röhrbein weiter. „Um einen Überblick zu gewinnen, wie die neuen Rahmenbedingungen umgesetzt werden und wirken, soll das Bezirksamt einen jährlichen Bericht vorlegen. Dabei geht es uns auch um eine Prüfung, ob und wie der BVV-Beschluss unter Umständen ergänzt werden muss.“

### **Pressemitteilung vom 21.01.2011**

#### **Internet-Stream der BVV-Tagungen**

Bei ihrer Tagung am 19. Januar 2011 hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow einen Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen, der sich für die Direktübertragung der BVV-Tagungen via Internet-Stream ausspricht. Das Bezirksamt ist jetzt aufgefordert, einen Vorschlag zur Umsetzung zu unterbreiten. „Das Interesse an kommunalpolitischen Entscheidungen hat zugenommen, immer mehr Menschen aus unserem Bezirk wollen sich einbringen und mitdiskutieren“, so die SPD-Fraktionsvorsitzende Sabine Röhrbein. „Gleichzeitig finden Bezirksthemen in klassischen Medien kaum noch statt – nur wenige Redaktionen leisten sich noch Lokalredakteure. Da ist es nur folgerichtig, die technischen Möglichkeiten des Internets zu nutzen, um die Kommunalpolitik für Interessierte leichter zugänglich zu machen.“

Durch die Übertragung der BVV-Debatten sollen bezirkspolitische Entscheidungen transparenter werden. Das Bezirksamt soll bei der Beurteilung des technischen Aufwandes und der finanziellen Möglichkeiten auf die Erfahrung anderer Bezirke zurückgreifen, die diesen Service bereits anbieten, wie Marzahn-Hellersdorf, oder ähnliches planen, wie Steglitz-Zehlendorf.

### **Pressemitteilung vom 19.01.2011**

#### **SPD will städtebaulichen Wettbewerb für Brachfläche**

Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow hat bei der 39. ordentlichen BVV-Tagung einen Antrag eingebracht, der auf eine Entwicklung der Brachfläche an der Neumannstraße im Ortsteil Pankow-Süd abzielt. Das Bezirksamt soll prüfen, ob ein städtebaulicher Wettbewerb das geeignete Instrument dazu ist und wie die Bewohnerinnen und Bewohner des Kiezes in größtmöglichem Maße an der Gestaltung beteiligt werden können. Für die Zeit, bis der Startschuss für die ersten Entwicklungsschritte fällt, soll eine Zwischennutzung überlegt werden. „Das Areal liegt seit Jahrzehnten im Dornröschenschlaf. Zwar wird ein Teilstück an der Trelleborger Straße zeitweise als Zirkusplatz genutzt, konnte aber bisher nicht vermarktet werden. Ebenso sind alle Versuche gescheitert, eine langfristige Perspektive für die Entwicklung zu eröffnen. Nach unseren Informationen war dies zuletzt im Zusammenhang mit einer Prüfung für das Förderprogramm Stadtumbau Ost 2002 der Fall“, erläutert die SPD-Fraktionsvorsitzende Sabine Röhrbein.

„Wir wissen aus zahlreichen Gesprächen vor Ort, dass nicht nur die Geschäftsleute im Neumannforum auf der gegenüberliegenden Straßenseite eine nachhaltige Entwicklung erwarten. Die Menschen, die dort wohnen und arbeiten, wünschen sich eine Nutzung, die sie mitnimmt und die ihre Interessen aufgreift. Letztlich geht es darum, ihr Lebensumfeld zu verbessern und die Attraktivität des Kiezes insgesamt zu steigern. Deshalb sollten auch schon jetzt Zwischennutzungen möglich werden. Wir könnten uns zum Beispiel einen temporären Abenteuerspielplatz vorstellen, um den Kindern und Jugendlichen in Pankow-Süd eine spannende Freizeitgestaltung zu ermöglichen.“ Das Grundstück, das einst für den Bau der Residenz des chinesischen Botschafters vorgesehen war, befindet sich heute in Bundesbesitz und wird von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet. Der SPD-Antrag wurde zur weiteren Beratung im Konsens in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung überwiesen.

**Das nächste FraktionsInfo erscheint zur 41. BVV-Sitzung, die am 30. März 2011 stattfindet, und kann unter [www.spd-fraktion-pankow.de](http://www.spd-fraktion-pankow.de) herunter geladen werden.**